

# Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter  
und Straßenbahner Deutschlands.

Mitglied des Gesamtverbandes der öffentlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage.  
Durch die Post bezogen.  
Jährlich 1,50 M.

Bürofistelle: Köln, Ven-  
loerwall 2, Telp. A 5539  
Postleitzettel Köln 18337

Nummer 23

8. Jahrgang

Köln, den 13. November 1929

## Brief zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit!

Aries Menschenwirken, aus  
dem der Idealismus verschwunden  
ist, geht in Bewegung über, wie  
ein Körper, aus dem die Seele ent-  
weicht . . . . Sombart.

Der das Welen und die Zielsetzung der  
eigenen Gewerkschaftsbewegung herrißt  
sich in den eigenen Kreisen noch große  
Kunst. In den letzten zwei Jahren  
tausende neue Mitglieder gewonnen,  
noch wenig mit den Ausgaben und  
zu Zielen unserer Bewegung vertraut

Ihnen ist der Verband lediglich der  
zamal, in dem sie oben die Beiträge  
einwerfen, um unter Volkerhobungen  
Arbeitselternkrisen herauszuheben.  
In diesem Geiste ist aber auf die Dauer  
die erzielte Gewerkschaftsarbeit im  
Sinne des Wortes zu leisten. Daraum  
ist es jetzt unsere Aufgabe sein, die jahrt-  
igen „jungen“ Kolleginnen und Kollegen  
unseren Gewerkschaftsidealn  
nur zu machen. Die Unbillerten  
unter allen Umständen zu eisten  
verlässlern und Ideallinen erzogen

Niemals darf das Streben nach hoherem  
und frischer Arbeitsgeist einzige und allein  
ganzen Inhalt unserer Gewerkschaftsor-  
bilden. Wir wollen allgemein bessere Zu-  
ste in der Welt schaffen. Wir wollen  
gerne Volk heben, das Gelukkwohl und  
mit das Wohl des einzelnen jüdern  
Gewerkschaftsgefühl statt Eigennutz. Idealismus  
statt Materialismus. Disziplin, Unter-  
stützung und Ordnungslinie, das muß unjere  
haben. Die deutsche Arbeiterbewegung  
ist der größten und auch schwierigsten  
gewesen, die je einer Standesbewegung

in dem Umstuz des bisherigen pos-  
iten, isolaten u. wirtschaftlichen Systems  
die Vorherrschheit, die bisher das Kapital  
insbesondere die Landwirtschaft auf das  
einte Volksleben ausübte, auf den Ar-  
beitervolk übergegangen. Der Arbeitervolk  
und damit die Arbeiterbewegung ist  
auf, der politischen, wirtschaftlichen,  
sozialen, geistlichen Kultur der Zukunft  
zum und Ziel zu geben. Daraus allein  
zu erklären sich, von welch unabsehbarem  
Bedeutung für Volk und Gesellschaft die  
Frage ist: Welcher Geist bestellt die Arbeiter-  
bewegung und wie sind seine Auswirkungen?  
Was ist der Geist sein, der die Masse der  
Sozialdemokratie beherrscht? Sehen wir  
die Dinge etwas näher an. Dem ober-  
stlich Denkenden scheint Sozialdemokrat  
Sozialist dasselbe zu sein, um so eher  
der Sprachgebrauch das Jernige zur Ver-  
bildung der beiden Begriffe beiträgt. In  
Realität ist jedoch jeder menschlich und  
recht lebendende auch sozial und damit ein  
Geist. Damit ist derselbe aber noch nicht  
Sozialdemokrat.

Der Letztere aber ist, sofern er sich an die  
Dogmen des Marxismus und an das Es-  
sener Programm hält, wozu er ja ver-  
pflichtet ist, kein Sozialist, da er damit nicht  
vom allgemein menschlichen Gesichtspunkte,  
sondern von dem seiner Klasse aus handelt  
und für diese Sondervorteile aus Kosten  
seiner Mitbürger zu erzwingen sucht. Eine  
solche Handlungswise ist unsozial. Die  
heutige soziale Frage ist in der Hauptlage  
eine Folge der Überspannung des Kapitalis-  
mus. Darüber besteht bei Sozialdemo-  
kraten und Sozialisten keine Meinungs-  
verschiedenheit. Wohl aber darüber, was  
unter verderblichem Kapitalismus zu ret-  
ten ist und wie ihm beizutreten ist.

Wer ehrlich und gründlich über das Welen,  
Entstehen und Waschen des Kapitalismus  
nachdenkt, muß natürlich diesen in seinem  
ganzen Umfang erlassen. Dies hat aber die  
Sozialdemokratie nie getan und deshalb ist  
ihre Weg trotz aufgeten Unwuchts und  
scheinbaren Sieges in Deutschland, wie auch  
anderwärts, ein unschöner und wird es  
auch in Zukunft bleiben.

Vom Tage des Unterganges der Sozial-  
demokratie wurde der Bild des zu be-  
freidenden Volkes erstmals allein auf  
das totige und angelegte Kapital gelenkt und  
die Sicht ausgeprägt, dieses durch eine  
Sozialisierung der Gemeinschaft zu führen.  
Ran ist aber Kapitalismus mehr, wie viele  
Kreise annehmen. Kapitalismus ist geistig  
viel mehr, die menschliche und ma-  
terielle Vorstellung und Gedankenwelt  
noch der, um große wirtschaftliche Erfolge  
zu erzielen, man selbst über die Leidenschaft  
der Menschen hinwegzutreten hat. Kapitalismus  
ist die Bedienstelzung, daß der  
Mensch im Wirtschaftssprozeß ebenso wie jede  
andere tote Ware zu behandeln sei. Ka-  
pitalismus bedeutet Grelllosigkeit der  
Wirtschaft. Kapitalismus ist die vollständige  
Auktorialisierung der Zweckbestimmung des  
Menschen. Was wir erlernt und erzitten  
haben, das war die praktische Auswirkung  
davon. Die Wirtschaft war entstellt  
worden. Unser Standpunkt ist: Der Mensch  
ist Mittelpunkt für alle Regelung mensch-  
licher Verhältnisse. Das Wirtschaftsleben,  
die Wirtschaft ist für den Menschen da,  
nicht umgekehrt der Mensch für die Wirt-  
schaft. Natürlich muß man sich hier nicht  
einen einzelnen Menschen mit seinem kurzen  
Erdendasein vorstellen, sondern die durch  
Jahrhunderte und Jahrtausende sich fort-  
pflanzende Menschengattung. Die Natur  
des Menschen bestimmt ihn ja nicht zum  
Leben für sich in der Vereinzelung, sondern  
zum Leben in der Gesellschaft. Schon dies  
bedingen wir uns im Streite mit der  
kapitalistisch-märkistisch-sozialistischen Auf-  
fassung. Der zum Platonianismus aus-  
gezeichnete Kapitalismus steht sein Ziel in der  
Befreiung seines Erwerbstreibens. Ob  
dabei die beimögliche Dekatur des nicht-  
lichen Hoffnungsbaus herauskommt, ist ihm  
an sich gleichgültig. Verdienen, Erwerben

ist ihm die Hauptache. Unser Sozialismus  
ist für Gesellschaft des Menschen. Die er-  
reicht man nicht durch Paragraphen, sondern  
nur durch Einwirkung auf den Geist, auf  
Herz und Gemüt des Menschen. Wie aber  
 soll da das Heil vom materialistisch ge-  
faßten marxistischen Sozialismus kommen?  
 Da gibt es nur ein Heilmittel — lebens-  
starkes Christentum. Soll die Gesellschaft  
der Zukunft von Rücksichtslosigkeit Mensch en-  
wirke, von Gerechtigkeit getragen sein, soll  
sie in Bezug auf Sitten und Kultur nu-  
nur teilhaft abheben von der Kultur der  
Vergangenheit, so muß in dieser Linie die  
Arbeiterbewegung vor einer großen sitt-  
lichen Idee getragen sein.

Unser gewerkschaftlicher Kampf wird ge-  
führt für Pflege des Familienlebens durch  
Arbeitszeitverkürzung, um Lohnverbesserung  
aus besseren Ernährung und für gute Wohn-  
ungen. Schön des Lebens und der Frei-  
heit, Erziehung der körperlichen und ge-  
istigen Hilfe des Kindes, alles das und nicht nur gewerkschaftliche Ziele unter-  
stützen, sondern auch modernen christlichen  
Gebote. Und das Kulturbild der Zukunft  
muß aufgebaut werden auf der Grundlage  
dieser moralischen Güterangebote. Nur dann  
kann die Arbeiterbewegung auch in den  
Worten weiterem Glanz ein Kulturfaktor  
der Zukunft werden. Christlich-ligaale Ge-  
betsgrundsätze, Wohl- und Menschlichkeit  
sozialistisch müssen zu Vergleichspunkten, zu  
fundamentalgemeinschaften der Arbeiterbewe-  
gung werden. Diese zur Erneuerung zu  
bringen, das ist das große weiterneuern-Ziel,  
der lebendige Kampf unserer christlich-  
nationalen Arbeiterbewegung.

Um dieses große Ziel erreichen zu können,  
ist aber vor allem eines unbedingt notwen-  
dig: Alle jetzt noch indifferenten Verband-  
mitglieder müssen wahrhaft überzeugte Ge-  
werkschafter werden, wirtliche Idealisten,  
die auch mit ganzer Seele und aus voller  
Überzeugung christliche Gewerkschafter sind!  
Der wirklich berzerkisende und zu jedem  
persönlichen und materiellen Opfer bereite  
Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit muß  
in unserer Reihen wieder eintreten. Dieser  
Gewerkschaftsgeist, der vor zwanzig und mehr  
Jahren tausende deutscher Arbeiter und  
Arbeitertanten mit heller Begeisterung f. z.  
die hohen und sittlichen Ideale einer christ-  
lichen Arbeiterbewegung erfüllt hat, mög-  
lich uns auch heute wieder neu beleben. Ide-  
alismus und Opfergeist der Gründungszeit  
müssen alle Verbandsmitglieder wieder br-  
eifen, soll unser Verband in der Lage sein,  
seinen Teil zur Lösung der schwierigsten  
Aufgabe, die je einer Standesbewegung  
zugefallen ist, beizutragen. An freiwillig und  
wirtlich arbeits- und opferfreudigen  
Arbeitern im Verband darf kein Mangel  
entstehen! Und bei diesen Mitgliedern darf  
nicht die Sucht nach Prozenten obers-  
s Grundgesetz ihres Handelns sein, sondern die  
Liebe zur Arbeiterbewegung, der Liebe, die  
durch Mitarbeit einer Kulturmission, die

zweckmäßig das Schwertheit des Gehalts zeigt, geladen zu haben.

Aus diesen Erwägungen heraus können wir auch vor allem unsern Reutlingen im Verband das einzige Studium unseres Verbandsorgans und des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften nicht dringend genug empfehlen. Sie werden durch das Lesen zu der Erkenntnis gelangen, doch andere auch für sie große Opfer gebracht und schwer Räume haben führen müssen zu einer Zeit, wo sie noch abseits standen. Das wird dann mit dazu beitragen, daß sie die Gewerkschaftsarbeit achten und schätzen lernen. Es wird vielleicht für manche ein Aufgabe sein, in der Vergangenheit Voraussetzung in der Zukunft wieder gut zu machen.

Die Gewerkschaftsbewegung fordert nun also, den ganzen Menschen von jedem Mitglied. Darin unterscheidet sie sich vom meisten von Vereinigungen sonstiger Art, die ihre Mitglieder nur zu einem engbegrenzten bestimmt Zweck, zu bestimmten Zeiten oder unter bestimmten Umständen, einzuschließen. Die Gewerkschaft kennt keine Zeiträume, wo du dich außer ihr stellst könneinst, leuchtende Zwecke, um die du willst du sie aus dem Auge lassen dürfst, kennt keine Verbündete, die dich davon entbinden könnten, Gewerkschaftsmitglied zu sein, doch als solchen zu führen und zu bestreiten. Entweder — oder. Entweder steht du ganz zu ihr über du bist kein Gewerkschaftler, der diesen Ehrennamen des heutigen Lohnarbeiters verdient.

Gewerkschaftler ist, heißt an herausragenden Stellen mitzuwirken an der Erhebung des Arbeitertantos. Nicht damit ist die Bedeutung erklungen, daß eine materielle Verbesserstellung erfolgt. Dein materielle Verbesserstellung kann später nichts einzugehen zur Folge haben. Sie wird aber bestimmt zur Erhebung des Standes und des einzelnen Auswirkungen führen, wenn der einzelne und der ganze Stand mit dem materiellen zugleich ein geistiges Aufwärtsziehen vorbereitet und befähigt. Dann sind die Voraussetzungen gegeben, die die materielle Verbesserung führen tragen lassen.

Darum also erfordert die Gewerkschaft den ganzen Menschen. Nur wer ganz bei der Sache ist, kann Qualität genug entfalten, um unter allen Umständen das Gute über den Einzelnen und momentlich über den stärksten Einzelnen, das eigene Ich zu stellen. Der Gewerkschaftler muß immer das eigene Ich der Gemeinschaft unterordnen. Er darf geholfen gerügt sein, täglich den größten Ehren zu erschaffen, den über sich selbst. Dann wird er mit der Gewerkschaft leben und an denen gebären, die Freiheit und Leben verdienen, weil sie ihm möglich ergeben. Ein ganzer Gewerkschaftler — ein ganzer Mensch!

## Haltet den Dieb.

Der eßwöhlige Streit der Hannoverschen Straßenbahner hat mit einer glatten Niederlage der Kollegen geendet. Die Hoffnungen, die die Streitenden auf den Schiedsspruch gesetzt hatten, haben sich nicht erfüllt. Sie konnten nicht erfüllt werden, weil die Voraussetzungen dafür fehlten. Der Streit war schon völlig verloren, als der Schiedsspruch gefällt wurde. Ohne diesen Schiedsspruch wäre die Niederlage noch viel größer gewesen. Von Anfang an hatte sich die Streitleitung über alle gewerkschaftlichen Gründen hinweg gezeigt. Es war eine Sicht auf Niederlage war, bei man den Spruch des Schiedsgerichtes, so dass über die geforderte Lohnherhöhung entschieden hätte, nicht abwartete, sofort in

den Streit trat und sich bedroht von dem Unternehmer die Gefahr des Handelns vorschreien ließ. Indem man so leidlich war die Alternative suchte, entweder nachgeben, verzichten oder strieten, folgten die Streitleitung sich selbst die Türe vor der Nase zu. Nach vierwöchigem Kampfe wurde das Schiedsgericht zum zweiten Male abgezehrt. Den Angestellten, denen in den letzten Jahren mit der "direkten Aktion" und Sozialisierungsplänen die Röste verkleistert, ihnen eine Machtrolle in der "Einheitsorganisation" angedichtet war, die sie gar nicht belohnen, ist ihr Verhalten zu verzeihen. Wenn aber Gewerkschaftsführer, die doch die realen Stadtverhältnisse richtig einschätzen sollen, sich ebenfalls am Kraftmeierium in Worten ergötzen und dabei die Zügel der Bewegung aus der Hand gleiten lassen, so muß das direkte Folgen zeitigen.

Anscheinend aber haben diese Herren auch aus dieser Niederlage nichts gelernt. Die berechtigte Unzufriedenheit der hannoverischen Kollegen mit diesen Strategen der "Einheitsorganisation" soll nun durch einen mächtigen Machtkampf in der "Straßen- und Kleinbahner-Union" auf andere abgewälzt werden. Die leichte Stummer dieses roten Organs bringt einen Schiedsspruch an, durch den der Unwillen der Kollegen abgeleitet werden soll. In einem Artikel "Das Arbeitsministerium als Richter des Unternehmerswillens" wird der Schiedsspruch einer eingehenden Kritik unterzogen, das ist das gute Recht der Presse. Zu bedauern ist aber, daß das Blatt dies an verschiedenen Stellen zu persönlichen Verunglimpfungen der unparteiischen Schiedsrichter bewilligt. So heißt es an einer Stelle: Niemals aber haben wir einen solchen Ausdruck aus dem Munde der Vertreter eines Ministeriums erwünscht, das doch auch ein wenig die Rothe des Arbeiters und nicht nur der Unternehmer schützen soll." Und weiter heißt es: "Wenn die Herren vom Reichsarbeitsministerium mit dem zweiten Sohne dem zweiten wieder aufzubauen, dann willst du ihnen keine Radikalität den Vorwurf ab, daß sie — passend ausgebracht — Weise auf eigene Faust machen, die, zufällig natürlich, den Münden der Unternehmerswelt entgegenkommen." An einer anderen Stelle gebraucht das Blatt den Ausdruck: "Die hatten Berliner Ediktler" gegenüber den Herren vom R. A. Ministerium. Das kostet aber ist mehr jährlender Sohn, der das Blatt in Spottredud bringt: "So kann es kommen, verächtliches Reichsarbeitsministerium, daß uns der brutalste Terrorismus der Unternehmer lieber ist, als ihre Münchener Gladbacher Arbeitersyndikatlichkeit." Dabei ist zu bemerken, daß die Herren Geh. Rat Hansmann und Geh. Rat Wulf schon seit Besuchen des Reichsarbeitsministeriums in diesem tätig sind und der exzte Reichsarbeitsminister bekanntlich der frühere Vorsitzende des sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schilde, war. Beide Herren genießen sowohl in Arbeitgeber- wie in Arbeitnehmerkreisen großes Ansehen, da sie schon sehr häufig in schwierigen Fällen als Schiedsrichter tätig waren. Die ihnen gemachten Vorwürfe sind auch völlig grundlos. Ihre beste Befreiung finden sie in dem Verhalten der maßgebenden Führer des Transportarbeiterverbands selbst, die nämlich mit aller Eindringlichkeit ihren Mitgliedern die Annahme dieses Schiedsspruches empfohlen und trotz starfer Gegenwehr auch erzielt haben. Daß es geradezu wie eine Ironie, wenn es in dem fraglichen Artikel heißt: "Wir wissen in diesem Augenblick noch nicht, ob nicht unsere hannoverschen Kollegen

eine glückliche Schiedsanwendung uns liefern und den Schiedsspruch annehmen und zum Schluß das Abkommen ergeben willketzt wußt, wonach der Schiedsspruch mit 1800 gegen 500 Stimmen angenommen wurde. Wir halten es für überraschendlich, wenn in der hier gekennzeichneten Art und Weise Schiedssprüche der höchste Siele in Rückgrat gebracht und von beteiligte Personen als schwach gelten werden. Dadurch kann das Misstrauen und Vertrauen zu solchen Erachtungen als leicht erschüttert werden, was im Interesse der Arbeiterschaft aufs Beste zu befürchten wäre.

Mit der hier geübten Spitzbudenart die Schuld für die Niederlage auf andere abzuwälzen, andere für die eigenen Sünden verantwortlich zu machen, wird man die Dauer nur einige Tage nicht alle verhindern können. Den meisten Kollegen wird trotz dieser Rabauistik doch Erkenntnis aufzudämmern.

## Unternehmergewinne.

Seit Kriegsende ist fast allgemein die ungeheure Steigerung der Warenpreise festgestellt worden. Weite Kreise suchen Grund dieser Preissteigerungen in den Preisforderungen und -beharrungsstreitigkeiten der Arbeiter und Beamtenchaft. Diese jagen die Hauptlast an den üblichen Gütern zu tragen. Zwar wurde von den Arbeitern angeklagt und Beamten steht daran gewiesen, daß ihre Lohn- und Gehaltsforderungen in den Warenpreissteigerungen begründet seien. Jedoch wollten das manche Leute nicht wohl haben. Sie langten in einer Linie fatale Fehler in Abbau der Löhne und Gehälter. Wir haben in der letzten Nummer unserer "Wochenzeitung" auf die große Spannung zwischen Warenpreisen und Löhnen gewiesen und daraus den Nachweis geleitet, daß zunächst ein Abbau der Preise erfolgen muß, ehe von einem Lohnabfall die Rede sein kann.

In der letzten Oktoberwoche ist nun im Reichstage von einzelnen Rednern diese These angeworfen worden. Der Parteivorsitzende Stresemann des Reichs der Deutschen Volkspartei, unter anderem ausgesprochen: "Die Zeit der Konjunkturgewinne muß vorbei sein. Der Abbau des Löhnes kann erst dann erfolgen, wenn die Preisbildung eine Verbindung zwischen den sozialen Werten wie Stresemann, der als sozialer Führer der deutschen Großindustrie gilt, doppelt schwer. Sie benötigen zu was wir im Laufe der Zeit mehr und mehr haben. Wie sehr auch heute noch Konjunkturgewinne gemacht werden, darüber mögen einige Beispiele anführen, indem die Ergebnisse der Preisbildung von Altklasse zusammenstellen.

Die Phoenix A.-G. vereilt eine Dividende von 20%.

Die Vogtländische Maschinenfabrik (v. J. C. & H. Dietrich), A.-G., in Plauen vereilt eine Dividende von 18%.

Das Eisen- und Stahlwerk Bochum A.-G. in Dortmund erzielte einen Betriebsertrag von 51,5 Millionen gegen 8 Millionen M. im Vorjahr. Die auszuzahlende Dividende beträgt 24%.

Die Waggonbauanstalt A.-G. in Görlitz, Sachsen, erzielt eine Dividende von 20% und eine Sondervergütung von 10%, zusammen 30% net.

Die Eisenbahn A.-G. und Traktoren vereilen 13% gegen 10% i. R.

Die Motorwerke A.-G. in Leipzig vereilen 15% Dividende, sowie 25% Brutto-

samt 40%, im Vorjahr 15% und Bonus; davor 2 mal 40%. Die Sächsische Gußstahlfahrt in Döhlen zahlt 30%, Dividende und 10% Bonus, gesamt also 40%, im Vorjahr 12%. Davor 3 mal 30%.

Die Werkzeugmaschinenfabrik Gisdemeister & Co. A.-G. in Bielefeld verteilt 22% Dividende. Die Lohmann-Werke in Bielefeld verteilen Dividende im Vorjahr 12%.

Die neue Unternehmengemeinschaft Hochmerz in Deutsch-Lugemburg-Gelsenkirchen zahlt 15%.

Die Mannesmann-Röhrenwerke verteilen Dividende im Vorjahr 6%, davon ist 15% und 3% Bonus und 15%.

Die Sächsische Werkzeugmaschinenfabrik Verner & Cie. A.-G. Chemnitz 25% (im Vorjahr 5% und 10% Bonus, zusammen davor 3 mal 25%).

Die Wipener Stahlwerke (vormals v. d. Röhr-Deutz und Wissen) verteilen Dividende.

Die Kabelwerk Rhegut in Adenau 30%, Dividende (davor 2 mal 20% und 30%). Die Walzgießerei vorm. Röhl A.-G. in Aachen 25% (im Vorjahr 15%).

Die Vogel Metall- und Stahlwerke in Gossensass A.-G. in Gossentin b. Neustadt an der Sieg zahlt eine Dividende von 50%, sowie Bonus von 100%. Die Dividende ist in politischer Währung bezahlt.

Die Gismeder Eisenwerke A.-G. verteilen Dividende (im Vorjahr 10%, Dividende).

Stahlwerk Veder A.-G. in Willig 14% Dividende. Eisen- und Stahlwerk in Dahlberg-Westfalen 20%.

Die König- und Laurahütte A.-G. in Altena 20%.

Die Eisen- und Stahlwerke A.-G. Friedr. F. Krupp in Düsseldorf 25%.

Die Schäffer & Podemus A.-G. Chemnitz zahlt im Vorjahr 20%.

Die Stahl- und Holzpapierfabrik A.-G. in Hamm 20% (im Vorjahr 20%).

Bei nicht nur in der Motorindustrie auf Gewinne angewiesen werden sondern in anderen Betriebszweigen.

Die Stolberger A.-G. für feuerfeste Produkte vom Kunden in Stolberg Zahlte wie im Vorjahr 25%, davor 20% und 10%.

Die Papierfabrik Reichold A.-G. in Düsseldorf zahlt 18% Dividende im Vorjahr 11%.

Die Autospinneret und Weberei Kassel Kassel zahlt 20% Dividende, im Vorjahr davor 3 mal 20%.

Die Reuter Papier- und Vergamentpapier A.-G. in Reutlingen zahlt 20% wie in den vorjährigen Jahren.

Die Cuxhovener Hochseefischerei A.-G. in Cuxhaven verteilt 20% Dividende, im Vorjahr 10%.

Die Dresdener Gardinen- und Spiegelfabrik Dobrik A.-G. 20% im Vorjahr 6%.

Die Kaliwerke Salzdetfurth A.-G. zahlen und einen Bonus, im Vorjahr 12%.

Die Rheinische Pechwerke A.-G. in Saarbrücken 10% Dividende und 10% Bonus gesamt 20%.

Es gibt allerdings auch Werke die nicht Überflüsse erzielt haben.

So verteilen die Maschinenbau-A.-G. in Berlin-Steglitz & Hoffmann in Hirschberg 11-12%.

Die Munitionsmaterialwerke Hindrichs & Sohnen in Barmen A. 12%.

Die Vorholinger Säulen & Betonbau Verein Aachen in Westfalen 10%.

Die Zuckerraffinerie Dr. Richterbaustadt A.-G. in Hamm-Mülheim 10%.

Das Fassonellen-Walzwerk L. Monnstedt & Co. A.-G. in Troisdorf 9%, im Vorjahr 6%, davor 10 und 9%.

Die Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie in Düsseldorf-Oberbillig 8%, im Vorjahr 5%.

Aus dieser Zusammenstellung die vollständig wahllos den letzten Berichten entnommen geht, aber zur Genüge hervor, wie sehr man in Unternehmerkreisen auf den eigenen Profit bedacht ist. Würde man sich in jenen Kreisen mit geringeren Gewinnsergebnissen begnügen, so wäre damit der erste Schritt zur Verbesserung unseres Wirtschaftslebens getan. Hier ist die wunde Stelle auf die der Finger gelegt werden muss. Das Jammer über die hohen Löhne ist solange zwecklos und unberechtigt, solange man sich nicht dazu verirren kann, den Grund hierfür, nämlich die gewaltigen Preissteigerungen zu besiegen. Nichts wirkt aufreizender als die hohen Gewinne, die auch heute bei der bedrängten Lage des deutschen Volkes noch gemacht werden.

Auch die Gemeindes- und Straßenbahnbetriebe hätten alle Ursache, gemeinsam mit der Arbeiterschaft eine Beschränkung der ungebührlich hohen Kapitalgewinne zu erstreben, denn auch sie leiden doch selbst mit am schlimmsten unter den gewaltigen Preisseigerungen für Materialien und Maschinen, denen gegenüber sich die Lohn- und Gehaltssteigerungen ausnehmen wie eine Maus neben dem Elefanten. Bei solchen Verhältnissen braucht man sich auch gar nicht zu wundern, wenn das Exportgeschäft so leicht wieder in Fluss kommen will.

Aufregend wirkt die Höhe der Gewinne weniger auf ihn, wenn sie den Kreis zur Ruhe und Arbeit darstellen, was aber durchaus nicht der Fall ist. Nicht rechts stehen sie ein arbeitsloses Einkommen dar, was auch nur zum kleineren Teil wieder als Anlagekapital ins Erwerbsleben zurückfließt. In der Hauptstadt wird es verzehrt und verbraucht. Also hier beginnt man recht früh, aber um so nachdrücklicher mit dem Kubus.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Soeben

Nicht mit Unrecht hat die „Soziale Praxis“ einmal die christlichen Gewerkschaften als das „Salz der deutschen Arbeiterbewegung“ bezeichnet. Ohne den Geist, den die christlichen Gewerkschaften in die Arbeiterschaften hineintragen, würde die deutsche Arbeiterbewegung auch tatsächlich sotz und inhaltslos sein und der inneren Faulnis anheimfallen. In Zukunft wird sich noch im stärkeren Maße zeigen, daß die Gesunderhaltung der deutschen Arbeiterbewegung eine glatte Unmöglichkeit ist, ohne die Einwirkung der Ideen, deren Träger die christlichen Gewerkschaften sind. Es darf trotzdem leidet Betont werden, daß die christlichen Gewerkschaften in der höheren Entwicklung nicht die falschen Fortschritte zu verzeichnen haben. Eine Bewegung die ihren Anhängern nicht nur von Rechten, sondern von Pflichten gegenüber der Allgemeinheit redet, wird immer nur langsam Boden gewinnen und zunächst nur die besten Kräfte an sich fesseln können. In der Gewinnungsplege, wie sie durch die christlichen Gewerkschaften betrieben wird, liegt deßhalb auch die beste Gewähr für den Bestand einer Bewegung. Doch sich die Beziehung zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenwärtig so stark zeitigen, während die wahre Größe der christlichen Gewerkschaften nicht ist, gibt zu denken. Ob dem

wohl als unvermeidlich zu erwartenden Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, wird sich gewiß ergeben, daß die christlichen Organisationen ein festes Heilige sind, das von der Abstötzung am wenigsten betroffen wird. Dafür findet hier der Geist der Hingabe an das Wohl der Allgemeinheit, der Geist wahrer Solidarität eine gute Stütze. Hier ist eine Kraft vorhanden, die für die Erneuerung deutschen Lebens nicht zu erschöpfen ist.

Indessen hat die gesamte moderne, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung auch die christlichen Gewerkschaften gezwungen, ihre Betätigungsfeld über die Grenzen des deutschen Vaterlandes hinaus zu erweitern.

Die Bedeutung der übernationalen Organisation der Völker wird nach der Erkenntnis der Wunden, die der große Krieg der Menschheit geübt, sehr erkannt wie vorher. Soll bei der Gemeinschaftsarbeit der Völker der christlich-solidarische Gedanke nicht zu kurz kommen, dann mußten auch die christlichen Gewerkschaften die Beziehungen zu den ausländischen Brüderorganisationen, die durch den Krieg eine Unterbrechung erfahren hatten, wieder aufnehmen. Ohne überzeugend hoffnungen ich einzugeben, darf doch wohl erwartet werden, daß die neuerrichtete christliche Arbeiterinternationale nicht ganz ohne Erfolg auch für die Sache des bedrängten Deutschland wirken wird.

Die Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen ist nicht allein abhängig von der Güte der Gründungs- und der Gründungszeit, der christlichen Gewerkschaften fehlt es an die gewebende Unterstützung politischer Parteien und der Tagessprüche, die man im sozialdemokratischen Lager den freien Gewerkschaften angeboten hat. Damit ist nicht gezeigt, daß es an Stimmen auf die christlichen Gewerkschaften fehlt. Was fehlt, das ist die völlige geistige Übereinstimmung der genannten Faktoren mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Empfehlung der christlichen Gewerkschaften wird bei der sonstigen Haltung der Tagessprüche und der Parteien keineswegs immer werbend. Hier liegt ein Manöver, für das einer Zugleich in anderer Form zu tunen recht kompliziert sein wird. Erst wenn erkannt wird, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht allein in der Lage ist, die Wahlen ordnung zu erlösen und den materialistischen Welt zu überwinden, sondern das dazu insbesondere auch eine starke politische Bewegung gehört, die doch aller Unabhängigkeit von den Gewerkschaften Träger der gleichen Sozialidee ist wie jene, wird auch die äußere Entwicklung der christlichen Gewerkschaften eine günstigere werden.

Meniger von außen als von innen her erwartet die christlichen Gewerkschaften die Gründung und die Erneuerung deutschen Lebens. Deshalb erscheint ihnen auch die unverdrossene Arbeit an der Verwirklichung des eigenen Wesens und der eigenen Einrichtungen als die unabdingliche Aufgabe. An dem Ausbau der gewerkschaftlichen Zentralstelle, die in der Kriegsfolge der Verhältnisse fast zur Aktion unsfähig geworden war, wird unangestrengt gearbeitet. Der Schulung und Weiterbildung der Gewerkschaftsangehörigen, deren Zahl nach dem Kriege sich vervielfacht hat, gilt eine Hauptaufgabe. Die Erfolge dieses erstaunlich abgehaltenen dreiwöchentlichen Fortbildungskurses, der von Anfang für jeden Gewerkschaftsangehörigen bezogen war, sind zu regelwidriger Wiederholung. Fortbildungskurse gehalten mancher Art, die von Gewerkschaften etc. für Gewerkschaftsangehörige eingerichtet werden, haben aus den

Reihen der christlichen Gewerkschaften regen Zuhörer. — Die Schulung der Mitglieder wird in zahlreichen Ortsgruppen mit Eifer und Nachdruck betrieben. Das Betriebsrätegesetz bietet dazu ganz besonderen Anlaß. Das Gebiet der gewerkschaftlichen Interessenföderation und Erziehung derjenigen Kreise, von denen vornehmlich unseres Volkes Zukunft abhängt; der Frauen und der Jugendlichen, wird besonders pfleglich behandelt. Die Herausgabe eigener Blätter für die lohnarbeitenden Frauen und die Jugendlichen, des „Frauenblattes der christlichen Gewerkschaften“ und der „Gewerkschaftsjugend“ seit geraumer Zeit, sei in diesem Zusammenhang erwähnt.

Durch die christliche Gewerkschaftsbewegung geht der Zug des Bewußtseins einer großen Mission. Die neuen, besseren Formen des menschlichen Gemeinschaftslebens, nach der die Welt sich sehnt, werden nur gefunden werden, bei der Anstrengung der sozialistischen Ideen, wie sie in unserer Bewegung leben — das ist die allgemeine Aussicht. Der Kapitalismus, der noch in wahnwitziger Verzweiflung um seine Herrschaft kämpft, findet seine Zeit abgelaufen. Der aus der kapitalistischen Gesinnung geborene materialistische Sozialismus erweist sich als unfehlig zur Ausrichtung wertlicher Kultur. Und über dem Chaos der Tage erhebt sich, gleich der aufgehenden Sonne der Gedanke christlicher Solidarität. Zur Herrschaft ihm freie Bahn zu schaffen, damit es auch die Hütten der Armen erleuchtet und erwärmt — das ist christliches Gewerkschaftsziel!

## Die Verbandsbeiträge

haben durch den Beschluss des Zentralvorstandes vom 19. September eine Erhöhung erfahren. Dernach sind drei neue Beitragsklassen zu 2.0 M., 2.5 M. und 3.0 M. geschaffen. Noch nicht in allen Ortsgruppen sind

diese neuen Beitragsklassen eingeführt. In manchen Orten, wo die Mehrzahl der Kollegen erst seit Monaten organisiert ist, fehlt noch das nötige Verständnis für die Aufgaben der Gewerkschaft. Infolgedessen werden die Verbandsbeiträge noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung als belastend

### werbendes Kapital

gewertet, welches tausendfache Zinsen bringt. Die Ausgaben der Gewerkschaften und ihre Bedeutung für das wirtschaftliche und soziale Leben sind gewachsen. Dieses erfordert größere Mittel an und für sich schon besonders aber

### bei der heutigen Geldentwertung.

In allen Versammlungen und Sitzungen ist daher auf diese Umstände zu verweisen. Schulung tut bitter not.

### Der echte Gewerkschaftler

Mögen bereit, für seinen Verband die notwendigen Opfer zu bringen. Er stellt ihm daher auch die notwendigen Mittel, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben gebraucht, gerne zur Verfügung und

### zahlt

seine Verbandsbeiträge nicht widerwillig, sondern freudig und bereitwillig. Mit gutem Beispiel geht er voran. Indem er

### die höchsten Beiträge

wählt, dient er sich und seinem Stande am besten.

## Gemeinf. wirtschaftliche Betriebe.

Der alte Fritz Reutter jagte einmal, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Seit zwei Jahren verschwindet die Frage der Sozialisierung nicht mehr von der Tagesordnung der Öffentlichkeit. Es kann auch gar nicht anders sein. Das alte wirtschaftliche System des Kapitalismus hat seinen Bankrott anmelden müssen. Es ist schon heute zu einem guten Teile innerlich unhalbar geworden und zusammengebrochen. Über der Übergang zu neuen Formen der Wirtschaft wird nicht in gerader Linie erfolgen. Der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands stellt der neuen Wirtschaftsform derartige Aufgaben, die sie nur nach Überwindung der Kinderkrankheiten wird lösen können. In dieser Übergangszeit werden daher die überzeugten Anhänger des kapitalistischen Systems nichts unterjocht lassen, von dem alten System noch zu retten, was zu retten ist. Nicht ohne Erfolg wird dieses Bestreben bleiben, besonders dann nicht, wenn die Arbeiterschaft ihnen durch ihr unkluges und in letzter Linie unsociales Verhalten noch die notwendigen Kräfte in die Hände spielt. Einen sprechenden Beweis hierfür liefern die Vorgänge in Düsseldorf. Wie in keiner anderen Stadt des Westens haben hier in den letzten zwei Jahren die Unabhängigen, Kommunisten und Unionisten gehaukt. Das Resultat: Die städtischen Finanzen und auch die städtischen Unternehmungen wurden durch Putsch, Streiks, Generalstreiks usw. total auf den Hund gebracht. Nun mehr vor die Notwendigkeit des Wiederaufbaues gestellt, versucht die Stadtverwaltung mit allen Mitteln eine Sanierung herbeizuführen.

Außerdem wurden die städtischen Straßenbahnen einer Aktiengesellschaft, der Aktiengesellschaft zur Vermögensübertragung. Von dieser Gesellschaft befinden sich 90 Prozent der Aktien in Händen der Stadt. Der Wert der Anlagen der Gesellschaft und der städtischen Bahnen zusammengetragen und auf die Eigentümer verteilt ergibt zumindest 98 Prozent Eigentum der Stadt und 2 Prozent Eigentum der Kapitalisten. Trotzdem geht die gesamte Betriebsführung an die Gesellschaft über. Also keine Sozialisierung der Unternehmungen, sondern eine Überantwortung von bereits kommunalisierten Unternehmungen an kapitalistische Kreise.

Sonst vor dem Kriege wurde eine lebhafte Propaganda für eine neue Unternehmungsform der öffentlichen Unternehmungen entfaltet, für die sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebe. Die Haupttriebbedarf ist wohl weniger dem Bestreben entsprungen, die öffentlichen Unternehmungen so auszubauen, daß sie ihren sozialen Aufgaben am besten gerecht werden, sondern die angebliche geringe Rentabilität der Regiebetriebe mügte gehoben werden; nicht zuletzt aber ist es das Bestreben, dem Privatkapital einen größeren Einfluß zu verschaffen. Durch die Ausdehnung der Regiebetriebe besteht für die großen Unternehmungen, besonders in der Elektrizitätsindustrie, die Gefahr, daß ein Teil der Verbraucher ihrer Erzeugnisse unabhängig werden könnte.

In dieser Industrie bestanden vor dem Kriege zwei große Konzerne, die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft und die Siemens-Halske- und Schuckertwerke, die fast den ganzen Markt monopoliert beherrschten. Alle andern Werte und Betriebe hatten sie unter ihre Kontrolle gebracht. Der vollständigen Oberherrschaft aber standen die freien unabhängigen Regiebetriebe im Wege. Deshalb sollen auch diese, in der

einen oder andern Art, unter ihre Kontrolle gebracht werden. Hierzu bedarf man der „öffentlichen Meinung“. In der Presse wurde daher eine Stimmungsmachtertrieb, bei der auf alle andere, nur objektive Art verfahren wurde. In einer seßliger, tendenziöser Weise wurde die Schattenseite der Regiebetriebe der Seite des Privatbetriebes gegenüber gestellt, statt gerechterweise Licht und Schatten zu teilen. Bei diesen Versuchen passierte dann den Magistrern, daß sie ihre wahre Absichten auch einmal verraten. In einer beratlichen Stimmungsmache im „Hamburger Fremdenblatt“ Nr. 136/14 lesen wir:

„In Fällen, in denen ein städtischer Betrieb in einen gemischten umgewandelt wird, dürfte darauf, daß der Betrieb in ein privater geführt werden wird, in dann gerechnet werden können, wenn der Unternehmung außer der Stadt noch eine Privatgesellschaft beteiligt ist, die eine derartige Gefahrung in dem Betrieb und Unternehmen der gleichen Art gesammelt hat.“

Hingegen können die Vorzüge des gemischten Betriebes nicht zur Geltung kommen, wenn der Betrieb eine dem nationalen analoge Gestalt erhält, wenn Direktoren, die sonstigen Angestellten die Arbeiter in derselben Weise wie in einem städtischen Betrieb angestellt und entlohnt werden, wenn der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung sich weitgehender Weise mit den Angelegenheiten des Betriebes beschäftigt, zu Personalfragen Stellung nehmen und in Lohnabzug und Streiks eingreifen.

Ein gemischter Betrieb der wie ein privater geführt wird, dürfte dem städtischen zunächst für die Straßenbahnen vorzuziehen sein. Die Rentabilität der Straßenbahnen hängt in wesentlicher Weise davon ab, ob die Kosten des bei ihnen sehr zahlreichen Personals nicht so hoch liegen. Die Städte sind nicht immer ratsch genug, um den wechselnden ständig wiederholten Ansprüchen des Personals auf Erhöhung des Lohns und Verkürzung der Arbeitstage Widerstand zu leisten. Ich kann mich in dieser Beziehung darauf berufen, daß die Stadt Straßburg und die Direktionen der städtischen Straßenbahnen in Köln und Düsseldorf gleichen Standpunkt eingenommen. In einer Stadt der gemischten Betrieb einer Straßenbahn nicht möglich, hat sie nur die Wahl zwischen städtischem Betrieb und Verpachtung, so wird sich häufig empfehlen, die Stadt dem Beispiel Königsbergs folgen und die Verpachtung dem städtischen Betrieb vorzieht.“

Also weil die städtischen Straßenbahnen zum Teil einen Lohn zahlen, der den Angestellten und Arbeitern gestattet, zu wenigens fast zu essen, taugt der Regiebetrieb nichts. Man muß hier beachten, daß der Durchschnittslohn der deutschen Straßenbahner fast ohne Ausnahme das von den Behörden festgestellte Mindesteinkommen übersteigt. Diesen Verlockungen in die Düsseldorfer Stadtverwaltung legen, hauptsächlich aber deshalb, weil die kommunistischen Freien der radikalen Unionen in den städtischen Betrieben, die Verwaltung die denkbare breite Handhabe ihrem Vorhaben geboten hat. Die geschädigten Kollegen mögen sich daher Herrn Schmitthen und Graessner für dieses Vorausgeschenkt bedanken.

Wir bezweifeln, daß die von der Verwaltung auf die neue Betriebsform gelegten Hoffnungen, soweit sie auf die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen gegenüber den Angestellten gelenkt sind, erfüllt werden. Voraussetzung aller-

in einer geschlossenen Organisation der Kollegenschaft, in einem Verbande wie der unzige, der je aller Standhaftigkeit in der Vertretung der berechtigten Interessen der Kollegenschaft auch volkswirtschaftlichen Forderungen Rechnung trägt und die gleichen Anforderungen, die die Bürgerheit an die öffentlichen Unternehmungen zu stellen berechtigt ist, im Auge behält.

## II. Kongreß der Cr. Gewerkschaften.

Die Verhandlungen des Kongresses beginnen nicht, wie zunächst vorgesehen, am Sonntag, den 21. November, sondern bereits am Samstag, den 20. November. Diese Änderung erwies sich als notwendig, da im Anschluß an den Kongreß am Mittwoch, den 24. November, eine Betriebsräte-Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfindet. Der erste Kongreßtag wird der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheit sowie der Eröffnung und Bepräfung des Berichtes des Ausschusses des Gesamtvorstandes der christlichen Gewerkschaften dienen. Am Sonntag, den 21. November werden die beiden grundlegenden Vorträge „Christliche Arbeiterschaft und deutsches Volk“ und „Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart“ gehalten werden. Außerdem sind Staatsminister, Siegerwald und Verbandssekretär Hirnfeier, Die Referate an den folgenden Tagen erstattet. Vorsitzender Soltau, Professor Dr. Mohr, Verbandsvorsitzender Ambrosius, Verbandsvorsitzender Carl Schmittner, Dr. Stauer. Im ersten und zweiten Kongreßtag behandeln die Verhandlungen um 10 Uhr vormittags, während an den übrigen Tagen bereits um 9 Uhr begonnen wird. Das Ende des Kongresses gebrachte Interesse liegt erkennen, daß der Kongreß für die Fortentwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und für den Einfluß, die auf das deutsche Leben erhebliche Bedeutung erlangen wird. — Nicht zuletzt der christlichen Gewerkschaften können, sowohl Raum vorhanden ist, als daß den Kriegsverhandlungen beizumessen.

## Der Loktbewegung der Straßenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiete.

Die durch Schiedsspruch des Herren Reichsministers Wehlig zustandegekommene Neuordnung der Lohn- und Dienstverhältnisse kommt die Kollegenschaft nicht befriedigen. Insbesondere war die Regelung der Dienstzeit, die letzten Endes auf die Einführung der 8-stündigen Arbeitszeit präzisirt zu rück, ein Stein des Anstoßes. Die beteiligten Verbände haben sich daher an das Arbeitsministerium gewandt und um seine Befriedigung gebeten. Am 20. Oktober fanden die ersten Verhandlungen in Berlin statt.

Wegen der Kürztheit des Falles waren für den ausbildenden Schlichtungsausschuß 2 Vorsitzende bestimmt worden und zwar die Herren Geheimrat Hausmann und Regierungsrat Prof. Joachim. Von der Arbeitgeberverbund Beisitzer benannt hatte, der nicht mit den Straßenbahnerhälften befreit waren, dagegen die Arbeitnehmerverbürg zum Teil Angestellte der am Krieg gegen den Gewerkschaften (T. d. r. b., Rathmann) lebten die Arbeitgeber leichter als befürchtet. Sie machten besonders geltend, daß die Arbeitnehmerverbürg an Lohnverhältnis natürlich den von ihnen vorgeschlagenen Herren annehmen könnten. Von den Arbeitnehmern wurde angeführt, daß es den Arbeitgebern übernommen sei,

aus ihrer Mitte Beisitzer zu benennen. Der Vorsitzende, Geheimrat Hausmann, wies darauf hin, daß an sich es wünschenswert sei, daß die Beisitzer über einige Sachkenntnis verfügen, daß im allgemeinen aber wohl keiner aus seiner Hant herauskomme und Arbeitgeber immer Arbeitgeber bleibe; dasje doch bei den Arbeitnehmern zu. Es hätte doch die Herren Arbeitgeber sich auf andere Beisitzer einzulenken wollen. Dieselben machten nach einer Sonderberatung die endgültigen Beisitzer bestimmt.

Der Schlichtungsausschuß setzte sich dann wie folgt zusammen: Vorsitzende die Herren Geheimrat Hausmann und Professor Joachim. 2. Beauftragter Beisitzer: von Tippelskirch, Dr. Wilms, Fabrikbeisitzer Fried, Professor Griesing. Arbeitnehmer Beisitzer: Rothmann, Pedenbach, Hobel, Nordmann.

Nachdem der Schlichtungsausschuß nunmehr seine weitere Beauftragung erhielt, erklärte Dr. Geheimrat Hausmann denselben im Auftrage des Reichsarbeitsministers für zu Recht bestehend. Er bat darum die Parteien ihre Wünsche vorzutragen. Die Forderungen, welche den Streitgegenstand bilden, wurden von den Arbeitnehmern ausgiebig begründet. Daraufhin gaben sich die Arbeitgeber alle eindringliche Worte, die Unmöglichkeit der Bezahlung der Forderungen auf Grund der Verhältnisse darzulegen.

Nachdem die Parteien einige Stunden gesammelt hatten, und von den Parteien das Wort zu weiteren Ausführungen nicht mehr gewünscht wurde, wies der Vorsitzende darauf hin, daß es erstaunlich sei, ohne einen Schiedsspruch die Sache lösen. Er stellte dann die Frage: Glauben die Parteien, sie einzigen zu können? Alleinstehend Schiedsspruch ist voraus der Vorliegende nach ihrem Gutachten zu schließen glaubte ich schließen zu können, doch eine Einigung nicht möglich ist. Es wird also der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch fällen müssen.

Um so eindrücklicher mußte es einen beruhigen, als nach mehrstündiger Beratung der Schlichtungsausschuß den Parteien folgenden Besluß verkündete:

Der Schlichtungsausschuß gibt den Parteien, mit Ausdruck darauf, daß Verhandlungen zwischen ihnen über die Forderung des Arbeitnehmers überhaupt noch nicht stattgefunden haben, auf, über diese Forderung unverzüglich in Verhandlungen einzutreten, und diese bis zum 21. 10. zum Abschluß zu bringen. Sollte eine Einigung dieser Parteien nicht erzielt werden, so wird der Schlichtungsausschuß in gleicher Zusammensetzung am 21. 10. Uhr vormittags an gleicher Stelle wieder zusammenentreten.

Wie zu erwarten, hatten die Verhandlungen, die am 21. Oktober in Ehen stattfanden, ein negativeres Ergebnis. Das Schiedsgericht trat dann bestimmungsgemäß am 5. November in Berlin wieder zusammen und nachdem auch hier keine Vereinigung erzielt werden konnte, fällte es folgenden Schiedsspruch:

1. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit (Dienstdauer) ausschließlich der Abertage beträgt für das gesamte Personal acht Stunden. Der Vorbereitungs- und Abschlußdienst ist mit 10 Minuten einzurechnen. Fahrplanmäßige Einzelzügen an den Endstationen bis zu 10 Minuten während des Dienstes werden als Dienst gerechnet. Die Aufstellung der Dienstpläne hat unter Wirkungung des Betriebsrates zu erfolgen. Da, was zur Sicherstellung des Betriebes die Einführung von regelmäßigen Überstunden geboten ist, kann solche mit Zustimmung des Betriebsrats fiktiv die ganze Belegschaft eingeführt werden.

2. Der täglicherdägliche Lohn für das männliche Führungspersonal wird allgemein um 1,20 M erhöht;

außerdem erhalten die Beheitsräteten ein Handstandsgeld von 1,50 M.

3. Der Lohn für Werkstättenarbeiter wird, soweit wie sie im 20. Lebensjahr und darüber stehen, um 20 Pf. für die Stunde erhöht. Die im 17. Lebensjahr stehenden erhalten den gleichen Lohn wie die im 18. und 19. Lebensjahr stehenden. Außerdem erhalten die Beheitsräteten ein Handstandsgeld von 20 Pf. für die Stunde.

4. Die Kinderzulage wird für das gesamte Personal von 1,00 M auf 1,50 M erhöht.

5. Ritter I tritt 5 Tage nach Annahme des Schiedsspruchs in Kraft.

6. Die Erhöhungen treten rückwirksam vom 15. Oktober 1920 ab in Kraft.

7. Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung des Spruches bis zum 13. November gegenüber dem Reichsarbeitsministerium zu erklären.

Nach diesem Schiedsspruch wird bzgl. der Arbeitseigent im großen und ganzen der Abschlußtag für das Fahrtpersonal wiederhergestellt, denn es gibt nur einzelne wenige Bahnen, die an den Endstationen längere Pausen als 10 Minuten haben. Im übrigen sind Überschreitungen nur mit Zustimmung des Betriebsrats möglich.

Die Pausenzulagen sind allerdings nicht in der Höhe bewilligt worden, wie sie von den Kollegen erwartet wurden. Außerdem istlich wird es den Kollegen sein, daß die Erhöhungen nicht schon vom 1. Oktober ab gezahlt werden, sondern erst vom 15. Oktober ab. Diese Terminderziehung ist in erster Linie eine Folge davon, daß die Anlegentlichkeit nicht schon am 20. Oktober zum Abschluß gebracht wurde. Damals wäre zweiflos der 1. Oktober als Termin für die Reiseleitung festgelegt worden. Unsere Befürchtung, daß durch die Abweichung der damaligen Verhandlungen die Situation für die Kollegenschaft nur verschärft würde, hat sich leider in vollem Umfang bestätigt. Das werden jetzt wohl auch die führen des Transportarbeiterverbundes rütteln, die am 20. Oktober mit der Beilage glaubten, einen besonders „flug“en Schiedsspruch zu tun.

## Bauwirtschaftliches und Soziales.

**Provinziallandes- und Arbeiterversicherung.**  
Anfang Oktober lagte in Rossi der Provinziallandtag für Preußen-Rheinland für die Arbeiterversicherung, insbesondere der Unfallversicherung, insbesondere der Unfallversicherung. Die Stellungnahme dieser Körpervertretung dürfte unseres Erachtens vorbildlich sein für andere gleichartige Körperschaften. In einem Bericht in der Tagessprecher heißt es darüber folgendem Weise:

Bei Entgegennahme der Berichte der Landwirtschaftlichen hessisch-nassauischen Unfallversicherungs-Gesellschaft wurde beschlossen, den Provinzialausschuß zu ersuchen, zur Verhütung von Betriebsunfällen die seitherigen Unfallverhütungsvorschriften einer Revision zu unterziehen, dem Heilberufen, insbesondere bei landwirtschaftlichen Unfällen große Aufmerksamkeit zu schenken und auf notwendigen Verbesserung der ärztlichen und fürsorgerischen Verhältnisse auf dem Lande sich an den zu errichtenden Zweckverbänden zu bereinigen. Weiter soll die Zwangsversicherung unabhängig von der Höhe des Einkommens auf alle landwirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt werden und der Rente der Individuallohn des Berichterstatters zu Grunde gelegt werden. In einem weiteren Antrag wird die Reichsregierung erucht, in dem bald zu erwartenen Budget auch die Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der Berufsgenossenschaft festzulegen.

Besonders der letzte Punkt hat für die Arbeiterschaft besonderes Interesse. In der Unfallversicherung sowohl wie bei der Invalidenversicherung sind die Arbeiter als Versicherungssträger an der Verwaltung beteiligt. Jedoch liegt bei der Unfallversicherung die Verwaltung einzig und allein in den Händen des Arbeitgebers. Das hat seinen Grund darin, daß die Arbeitgeber allein die Beiträge für die Unfallversicherung auszubringen haben. Dennoch ist es ein lange geheiter Wunsch der Arbeiterschaft, ebenfalls an der Verwaltung der Unfallversicherungsbürokratie beteiligt zu sein. Ein Wunsch, der dementsprechendlich ist, der noch wie burokratisch vielfach in den Verfassungsbürokratien gearbeitet wird. Würden hier die Arbeitnehmer das Wort mitzureden haben, so würden zweifellos unzählige Slogans verstimmen die heute mit Recht gegen die Unfallversicherung und deren Träger die Verfassungsbürokratie erhoben werden. Wir können deshalb den Antrag des hessischen Landtages nur aufs wärmste unterstützen und wünschen, daß denselben stattgegeben würde.

#### Gute neue Verordnung der Rheinlandkommission über Arbeitszeitregelungen.

Die von der alliierten Rheinlandkommission bei Gründungssicht für die besetzten Rheinländer erlassene Verordnung Nr. 5, betreffend Arbeitszeitregelungen, ist aufgehoben und durch eine neue Verordnung Nr. 59 ersetzt worden. Diese tritt am 1. November 1920 in Kraft. Danach werden unter Rücksicht auf die Sicherheit, den Übereinsatz und die Bedürfnisse der Bevölkerungsführung Auslagerungen und Zusätzliche in einer erheblichen Anzahl von Betrieben, die vom Standpunkt der Alliierten aus als lebenswichtig angesehen werden, nur unter Zuhaltung bestimmter Voraussetzungen gestattet. Am einzelnen handelt es sich um Betriebe der Eisenbahn, der Wertermefo, der Telegrafen-, Telefon- und Postverwaltung, der Schifffahrt und der Hochstraßen, der Post, Elektrizität und Wasserversorgung mit Ausnahme, die entweder unantreibbar in Tiefen der Gewässer liegen oder mit über durch Unternehmertum für Nutzung werden, wenn diese Unternehmer unter Leitung der Alliierten an der Errichtung oder Unterhaltung von Bahnen oder anderen Schifffahrtsleitern arbeiten, oder mit der Erzeugung, Präparation oder Verteilung von Lebensmittelwaren zu tun haben, oder sättiglich Material zum Gebrauch der Fliegengesellschaften herstellen. Die Kommission hat auch das Recht, den Preis dieser Betriebe jederzeit durch einen gebürgt verständeten Beschluß zu erweitern.

Über das innerhalbende Verfahren besagt die Verordnung im wesentlichen folgendes: Jeder Streik soll, sofern den nach deutschem Recht zu kündigenden Schlichtungsbehörden zu unterbreiten, in 14 Tagen färbig binnens acht Tagen ihre Entscheidung zu fällen. Jede Partei hat binnen einer weiteren Frist von acht Tagen das Recht, gegen die endgültige Entscheidung der deutschen Schlichtungskommission an die Rheinlandkommission einzulegen, welche bei dem Kreisdelegierten der Rheinlandkommission, in dessen Bezirk der Streik soll entstanden ist, anzuheben ist. Über die Beurteilung entscheidet ein von der Rheinlandkommission ernannter Schlichtungsausschuss, der sonst aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern besteht. Die Parteien haben sich bei diesem Ausschuss durch zwei Mitglieder vertreten zu lassen, von denen zwei von dem Arbeitgeber und zwei von den Arbeitnehmern zu bestimmen sind. Diese Vertreter haben bis Mitternacht an den Beratungen des Ausschusses teilzunehmen und dort zu Worte zu kommen. Ungehobliches Verhalten kann den Ausschuss von den Proceduralungen nach sich ziehen. Der Schlichtungsausschuss kann einztrittsentschließende mit-

beratender Stimme zulassen. Der Beschluß des Schlichtungsausschusses ist den Beteiligten zu stellen. Nach der Zustellung kann jede Partei ausspielen oder in Ausland treten, sofern eine derartige Absicht dem Kreisdelegierten schriftlich mitgeteilt wird. Ausspernung und Ausstand werden jedoch erst nach acht Tagen nach Zugeben dieser schriftlichen Rüttstellung wirksam.

Die Ecke Konkurs der Hanauer Straßenbahnen. Über das Vermögen der Hanauer Straßenbahn-Gesellschaft Hanau ist auf deren Antrag am 4. November das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Klemm, Hanau. Die Akteure sind die Stadt Hanau und die hessischen Gemeinden Großsteinheim und Kleinsteinheim. Die letzte Bilanz vom 31. März 1920 ergab für das verloste Rechnungsjahr einen Verlust von 370 000 M. Dieser Verlust ist bis 1. Oktober auf über 630 000 M. gestiegen. Seit Ende 1919 konnte die Zahlungsfähigkeit der Aktiengesellschaft nur durch aufrechterhalten werden, daß die Stadt Hanau als Kapitalistin sehr erhebliche Betriebsmittel von über 800 000 M. vorstreckte.

## Arbeiterbewegung.

### Bam Streik der Berliner Bahn, Wasser- und Gasarbeiter.

Durch Schiedspruch war den betreffenden Arbeitern eine Entloge von 50 reichsmark 10 Pf. pro Stunde angeboten, die aber von den Arbeitern als zu gering erachtet wurde. Eine Abstimmung der Arbeiterschaft soll nun entscheiden, ob sie den Schiedspruch annehmen oder aber ablehnen und damit sich für den Rückzug aussprechen will.

Im "Portrait", dem Centralblatt der Mehrheitssocialdemokratie, vom 6. November, lesen wir nun zu dieser Entwicklung:

"Wie uns in letzter Stunde gemeldet wird, hat eine Versammlung der Arbeiter der Gräfinen-Werke beschlossen, in den Streik zu treten. Der Streik soll diese Nacht um 8 Uhr beginnen.

Wir verkenne durchaus nicht, daß die wahrscheinliche Lage der Berliner Arbeiterschaft eine sehr prekäre ist, und doch das Streiken durchaus keinen einen gewissen Ausgleich mit den immer mehr ansteigenden Preisen aller Lebensmittelmaßnahmen zu schaffen, nur allzu berechtigt ist. Das darf auf der anderen Seite aber auch nicht dazu führen, daß eine Arbeitersuppe, die nach einem bestimmten Vor die Hand an der Kugel des Wirtschaftslebens hat, diese Wachstumsstellung unbedenklich um die Interessen der gesamten Arbeiterschaft denkt, den Wirtschaftsvertrag abzuschließen.

Groß-Berlin ist eine sozialistische Gemeinde. Die gemeinsamen klasseninteressen leiten seine sozialistischen Vertreter bei ihren Beschlüssen. So weit es die miserablen Finanzen der Stadt lassen, werden und müssen die Vertreter Groß-Berlins die berechtigten Forderungen der habschaftlichen Arbeiter erfüllen. Aber über die Leistungsfähigkeit hinaus kann Groß-Berlin nicht geben, auch wenn ihm die Kugel wieder einmal zugeworfen wird.

Gerade die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe haben in ihren Entscheidungen doppelte Pflichten: Sie müssen bei ihren Räumen auch verantwortigen, welche Wirkung ihr Handeln für ihre Klassenkollegen, die Gesamtarbeiterchaft hat. Wenn die Gießereiarbeiter sich dieser schweren Pflichten bewußt sind, werden sie zu der Entscheidung kommen müssen, daß sie wie alle Arbeitgeber in lebenswichtigen Betrieben auf dem Verhandlungswege ihre Forderungen durchsetzen versuchen. Tatsächlich die Vertreter Groß-Berlins wird sie außerdem Wrange entgegenkommen werden,

dafür hält und ihre sozialistische Wehrheit. Wir sprechen die bestimmate Hoffnung aus, daß dieser Streik, der über die Arbeiter und ihre Kinder die schwersten Peinen zu bringen droht — da Gas, Elektricität und sogar Wasser stillgelegt und der ganze Wirtschaftsbetrieb einschließlich des Eisenbahnbetriebes zum Stocken gebracht werden soll — binnen fürchterlicher Frist durch Versöhnung zum Abschluß gebracht werden wird."

Nebenbei bemerkt reichen die bisherigen Höhe der Tarifverträge zwischen Arbeitern kaum an die Tarifhöhe der Polizei- und Feuerwehr im Westen Deutschlands heran. Kommentar überflüssig.

### Die neuen Löhne der Privatseidenbahnen.

Am Dienstag, den 26. Oktober 1920 tagte im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Haussmann ein besonderer Schlichtungsausschuss, der in der Streitache bestreitigung der Beiträge der Angestellten der Kleinbahnen und Privatseidenbahnen Entscheidung treffen sollte. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, nach dem bei den weiteren Tarifverhandlungen die Bezahlungsfrage in der Weise gelöst werden soll, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab in der Ortsklasse II 93 Proz. in den Ortsklassen I und II 89 Proz. und in den Ortsklassen D und E 85 Proz. in der Reichsbildungsordnung vom 30. April 1920 festgelegten Löhne gewahrt werden. Bei leistungsfähigen Bahnen kann bis an die Höhe der Reichsbildungsordnung herangegangen werden. Im Streitfälle entscheidet hierüber ein partidisch zusammengelegter Schiedsgerichtsausschuss. Da besonders leistungsfähigen Bahnen kann im besagten Lohnverhältnis unter die bestellten Löhne heruntergegangen werden; die Anerkennung eines Schlichtungsausschusses in diesem Sinne ist ausgeschlossen. Die Parteien haben sich innerhalb zehn Tagen über die Rüttung einer Rechtschafftheit des Schiedspruchs zu einigen.

**Entlastung im Gewerbe und Dienstleistungsbetrieben.** In Rücksicht auf den drohenden Streik der Gewerkschaftsarbeiter in Sachsen hatte der sozialdemokratische Gemeinde- und Dienstleistungsbund folgende Entlastungsbefreiung zu erheben beschlossen. Es sollten gleichzeitig in der Klasse I (alle Vollarbeiter) 5,00 M., Klasse II 4,00 M., Klasse III 2,10 M. und Klasse IV 1,00 M. pro Woche Rückbau nummera der Streik und einigen Tagen befreit ist, die angegebene Wende für den Erreichung befürchtigt wurde. Der Vertragshabt verhindert, daß die Extrabeiträge nur für die Dauer von fünf Wochen zu zahlen sind. Die Überführung dieser Beiträge ist aber obligatorisch, das heißt, ne müssen von sämtlichen Mitgliedern geleistet werden. Eine Nichtleistung hat den Verlust der erworbenen Rechte zur Folge.

Nach dem Rassebericht vom 2. Quartal 1920 hatte die Hauptkasse dieses Verbandes eine Mehrausgabe von 24 293,17 M. in diesem Quartale. Jedermann ein Zeichen, daß auch hier die ordentlichen Beiträge nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Ausgaben standen. Die Extrabeiträge dienen aber auf die Dauer nicht genügen, so daß auch ohne das Eintritts von besonders großen Ausgaben die ordentlichen Beiträge eine Verbesserung erfahren werden, mindestens in der Höhe, wie es in unserem Verbande durch die Erfüllung der drei neuen Beitragsklassen geschehen ist.

Die Ablegung der Wählernummern ist wie in Sachsen auch mindestens den Kollegen in Hannover durch die örtlichen Amtsräte übergeben für die Eisen- und Kleinbahnen; Regierungspräsident und Eisenbahndirektion gefülltes werden. Der Winkel der öffentlichen Arbeiten hatte die verschwundene Pflichterfüllung des § 84 bei Eisenbahn- bzw. und Betriebsaufsicht geplättet, oder zur Bedeutung gemacht, daß das Begegnen den Arbeitgebern

zu die Verschärfung einer Vertriebsbeleidigung führen kann, den weitgedrehten Praktiken vorzugehen hat. Das Fachpersonal ist mit entsprechender Anstrengung beschäftigt.

**Internationale Vereinigung der Arbeiter-Nahrungsmittelarbeiterverbände.** Am 12., 13., 14. und 15. Oktober tagten in Köln Vertreter des christlichen Nahrungsmittelarbeiterverbände von Deutschland, Holland, Belgien und Österreich sowie Gründung einer internationalen Vereinigung. Nach Festlegung der Statuten wurde die Gründung vollzogen. Der Vorstand hat sich aus seinem Kreise von fünf angelöschten Verbänden zusammen. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Vorsitz der deutschen Organisation, Herr Ch. G. in S. Düsseldorf, gewählt.

**Internationale Vereinigung von Gebäuden staatlicher Holzarbeiter.** Auf einer Konferenz von Vertretern aus Deutschland, Ostland, Belgien, Österreich und der Schweiz vom 21. bis 22. Oktober in Köln ist eine Vereinigung von Gebäuden staatlicher Holzarbeiter gegründet worden. Der Sozialer Vereinigung in Köln Kollege Kutschinski vom deutschen Verband wurde zum internationalen Sekretär bestellt. Der Vorstand wurde dem beigebliebenen Kollegen übergeben; weiter fortgeführte ist der Holländer van der Heijde, Sekretär der Holländischen und der Baan, zweiter Sekretär der Österreichischen Spitalswirken. Der Vereinigung obliegen die gleichen Aufgaben, wie von der graphischen Internationale, zu der untere Organisation gehört, zu leisten verfügt werden.

**Eine Landeskonferenz der Arbeiter-Bauern der Pfalz findet statt am Sonntag, 5. November, vormittags 10 Uhr in Neustadt in der Bamberghalle. Tagesordnung: 1. Die christl. Gewerkschaftsbewegung in der Pfalz. Rückblick auf die letzten 10 Jahre. 2. Der 10. Anniversar der christl. Orts-Gewerkschaftsleitung in Süden. 3. Fortwährend r. Menschen. Rennstrecke. 4. M. 3. Geschäftsführer. Die Ertraggruppen werden ihre Delegierten zu konstituieren und beim Landesfachrat in Ludwigshafen, Keplerstraße 40 (Gebäude) anzunehmen.**

**Von der Technischen Nothilfe.** Die Hauptstelle der Technischen Nothilfe hat jedoch nicht überall die Zeit ihres Bestehens richtig und den Bauern der Arbeits- und Ausbildungskommission nach ihrem gegenwärtigen Stande herausgegeben. Da die Technische Nothilfe bekanntlich nicht genau den Arbeitern standen, um ihnen gemeinsam die Ausbildung bei Betriebsaufsicht und die Wahrnehmung von Schäden beizubringen, so erhielt es als eine dringende Notwendigkeit, allen in der Nothilfe tätigen Personen die Möglichkeit zu bieten, sich über den genannten Stand und die Verhältnisse der machbaren Arbeits- und Ausbildungskommission zu unterrichten. Um dann dieser Bedürftigkeitsstelle so leicht sein, bei einzelnen Kreiseln 1. Stellen zu können, ob und welche Organisationen dabei einzutreten, aber ob es sich um sogenannte "freie" Kreisels handelt. Kommen die Organisa- tionen in Frage, so ist selbstverständlich unter allen Umständen vor Amtseinsatz eine Verhandlung zwischen und bisher meist auch gefund'n wor- den. Bei "wilden" Kreisels ist dies in der Regel unmöglich.

Denfalls ist das Verteilen der Hauptstelle der Technischen Nothilfe, möglichste Rücksicht zu verlegen, um Kollisionen mit den Organisationen zu verhindern, wie mit Freunden zu bearbeiten und nur in Sonderfall dafür auszuschließen, dass die ganz Gleichung ein jedes besser ist als ihr Kuh, denn die Pflanzliche Nutzenangst andichtet.

## Aus den Ortsgruppen.

**Düsseldorf (Straßenbahner).** Die hiesigen südländischen Straßenbahnen sind der Altenrheinischen Straßenbahn AG übertragen worden. Der Grund liegt den bisherigen Betrieb der gen. A.G. erläutern, deren Aktien sich zu 90 Prozent in Händen der Stadt befinden, scheint etwas und dies in dem Bestreben zu liegen, den Betrieb nach finanziellen Gesichtspunkten rentabler zu gestalten. So dieser Zweck erreicht wird, erich ist zunächst noch fraglich. Auf alle Fälle aber muss nun gegen lebhaften Verlust, die Rentabilität auf einen der berechtigten sozialen Maßnahmen zu verzögern mit allen eindrucksvollen Mitteln. Zu einer Versammlung am 15. Oktober, auf dem Vorstande einberufen, gekommen folgende Entsprechung zur Annahme

**Der Vorstand der Düsseldorfer Straßenbahnen** fordert aufs lebhafte, dass die Stadt Düsseldorf die Straßenbahn bei Vermietung der Rheinischen Straßenbahnen überlassen darf. Es erwartet, dass ihm aus dieser Veränderung keinerlei nachteilige Folgen erwachsen. Das Personal betrachtet es sich nach wie vor als im städtischen Dienst tätig. Vor allem verlangt das Personal völlige Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern, insbesondere in bezug auf Löhne und soziale Einrichtungen (Wohnungsbauplanung im Stadtbetriebsamt, Urlaub, Alters- und Hinterbliebenenversorgung). Das Personal wird sich auf seinen bald verschlechternden sozialen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gefallen lassen.

**Wilhelmstraße (Straßenbahner).** Nach der Revolution erwachten auch bei den hiesigen Straßenbahnen das Bedürfnis sich gewerkschaftlich zu organisieren. Dies schloss sich daher insgesamt der ausdrücklich "alleinständigen" Verband erheblich an. Von nun an begann für die Straßenbahner eine neue Zeit. Wer man früher für nichts in der Arbeiterbewegung zu haben, so wollten die Straßenbahner nun die Hobbymänner des neuen Reiches seien. Bei jeder sich dienenden Gelegenheit marschierten sie an der Spitze. Dieses ging eine Zeit lang auf, bis vielen Kollegen so langsam die Augen aufgingen und erkantten, dass man mit einer solchen Fazit nicht vorwärts kommt und sich nur Schwaden bringt. Diese verdeckten sie doch von der Union und schlos sich zum Teil dem Transportarbeiterverband an um dort sein Recht zu verteidigen. Von nun an begannen einiger wenige Kollegen eine rege Agitation zur anderen Verbands. Vor der Fasch. auch und sehr wenig so lebhaft es sich doch, denn bei der stattfindenden Wahl zum Arbeiter-Ausschuss drohten mit von 12 Eisen einen Kollegen durch. Doch dann bewog ihn die Stimme, welcher sich bei der Wahlkommunikation bereits Arbeiterkarte am 1. Mai bemerkbar machte. Die wenigen Kollegen, welche es damals noch waren, hatten den "einen" Zustand nicht, das in Zukunft für seine politischen Ziele nicht mitsprechen zu lassen. Der Vorstand machte eine bedeutungsvolle Versammlung, bei welcher erneut es abgelehnt wurde, nochmals aufgrund eines Grundes, welcher ihm nicht mit dem richtigen Gewerkschaftsgeboten vereinbar ist, zu stimmen und daher auch am 1. Mai ihrer Arbeit nachzugehen. Wie an jedem anderen Tage. Die Verhandlungslinie ist nicht grundlegend auf eine große Massen-Wollkarte gerichtet, sondern die Wollkarte ist vielmehr im Einzelnen, welche den Wollkarte den benachbarten kleinen Kollegen, die ihm nicht Hintergrund haben, nicht mögen. So wurde am 1. Mai 2. Jänner die einzige Wollkarte im Kreis. Jetzt kann man es bei vielen Kollegen und sie haben in unserer Organisation keine Befürchtungen. Die Wahl zum Wollkarte geht folgende Ergebnisse: Transportarbeiter und Union 226 Stimmen, 7 Wollkarte, unter diese 226 Stimmen 1. Wollkarte der Kreiswahl, aber Monate später für erste Wollkarte 181 Stimmen, 5 Wollkarte und für unsere Wollkarte 87 Stimmen, 2. Obwohl unsere Kollegen alle ihr Wahlrecht ausüben, so wäre ein noch starker Schultot zu verhindern gewesen. An diesem Beispiel erscheint man, dass die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht auf dem Aussterben steht wie es unsere Gegner hinstellten belieben. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in unserem Lande weiter zu arbeiten und neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Es sind noch eine ziemliche Anzahl Kollegen, welche eigentlich zu uns gehören, aber anderswo organisiert sind. Diese Kollektivorganisationen gilt es für uns zu gewinnen, damit wir einen starken Wollkarte durch einen jeden Versuch des Arbeitgeber, uns Verschlechterungen anzubieten und gegen etwaigen ge- wissenschafflich zu verwesenden Auslasten einiger Pflanzosten.

**Braunschweig (Main).** Am 23. Oktober fand unsere Quartiersversammlung statt. Der Vorstand bericht und die Mitglieder einigten sich in diesem Quartier wieder einen ersten Plan für Fortschritt. Dessen wir, dass dieser Fortschritt weiter enthalten und er wird erhalten, wenn ein jedes Mitglied seine Schulden hat. So erfreulich wie die Steigerung der Einnahmen ist, muss aber doch auch festgestellt werden, dass die Ausgaben sich ebenfalls bedeutend vermehrt haben. Das sollen sich die Kollegen besonders merken, die bei jeder Gelegenheit zu hören, dass der Verband nicht hätte, sich bilden Beiträge zu erheben. Den Verband, den Vorstand, Alten und über die laufenden Einnahmen und Ausgaben der Kapitelle im letzten Quartal erfasst, müssen sich alle Mitglieder zu setzen haben. Der abgelaufene Quartal war die Kauf-

ausgabe unter andern Mitgliedern eine gewisse Höhe. In der Ausgabe wurde Rüge ge- führt, dass einige Betriebe nicht mit der notwendigen Sorgfalt bei ihrer Arbeit malten lassen. Sie nehmen ihre Aufgabe in leichten. Der Vorstand hat dann seine Last und Arbeit bis er die Fehler dieser Kollegen wieder beseitigt hat. Die Betriebe zu denen diese sind das Fundament der Ortsgruppe. Als solche müssen sie sich auch betrachten und danach handeln. Alle die es angeht, leben hiermit nochmals eindringlich an ihre Aufgaben erinnert. Da von sonstigen Kollegen gewünschte Berichtigung lohnt sich nach nicht allgemein durchzugehen, leider die alle Mitglieder in die gleiche Lage der Arbeitsbeschaffung brachte Kollegen Alten und darüber hinaus gehörenden Betriebskollektiven mit dem Magistrat und mit der Straßenbahndirektion geschieht haben. Das Ergebnis der Beschwerden steht ebenfalls in nächster Zeit bevor. In der letzten Verhandlung wurde verlangt, dass die Arbeitserlösen der einzelnen Betriebe das nötige Material vorgelegt werden soll. Darauf soll eine Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern zur endgültigen Entscheidung stattfinden. — Ein Vor- trag des Vorstandes ist am 17. November (Montag) über die "Deutsche Volksversicherung" und gute Aufnahme. Da die deutsche Volksversicherung dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften" ausgeschlossen ist empfehlen wir allen unseren Mitgliedern, im Falle sie gewählt sind, eine Versicherung einzugeben, sich an die Vertreter der deutschen Volks- versicherung der Arbeiterselbsthilfe Gutachtern zu wenden. Wie müssen besteht kein "Alten" oder "Geld" auf die Sicherung unserer Bewegung zu verordnen. Dazu gehört auch das Gebiet der Lebensversicherung.

**Garmisch.** In unseres letzten Monatsblatt kann am 20. Oktober noch gut besichtigt war, dass Kollege Siebel einen Rücktritt auf den nunmehr eingelösten Streit der Straßenbahner seine Kollegen und seinem Unternehmen. Diese kleine Riedelfrage nicht befreit, die in der Tat der "Juden" Gewerkschaften zu liegen hat. Von vorherher vor diese Riedelfrage bestimmt das Partei, doch man hat über gewissheitliche Gründe keine hinwegzulegen. Und das Ende war, dass diese Kollegen blieben auf der Straße. Eine gelbe Uniform verhinderte Riedel zu fallen. Alles dies wäre vermieden worden, wenn der Raum nicht nach politischen, sondern gewerkschaftlichen Gründen aufgetreten wären. Jetzt behält es, bis klarer, sozialer, sozialorganisatorischer für uns zu gewinnen. Nur Richtung der christl. Organisation kann die Gewerkschaften, die sich Gerd und solche Organisationen in Abhängigkeit stellten, ebenso wie die Riedel, die einzige Riedel im Kreis. Jetzt kann man es bei vielen Kollegen und sie haben in unserer Organisation keine Befürchtungen. Die Wahl zum Wollkarte geht folgende Ergebnisse: Transportarbeiter und Union 226 Stimmen, 7 Wollkarte, unter diese 226 Stimmen 1. Wollkarte der Kreiswahl, aber Monate später für erste Wollkarte 181 Stimmen, 5 Wollkarte und für unsere Wollkarte 87 Stimmen, 2. Obwohl unsere Kollegen alle ihr Wahlrecht ausüben, so wäre ein noch starker Schultot zu verhindern gewesen. An diesem Beispiel erscheint man, dass die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht auf dem Aussterben steht wie es unsere Gegner hinstellten belieben. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in unserem Lande weiter zu arbeiten und neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Es sind noch eine ziemliche Anzahl Kollegen, welche eigentlich zu uns gehören, aber anderswo organisiert sind. Diese Kollektivorganisationen gilt es für uns zu gewinnen, damit wir einen starken Wollkarte durch einen jeden Versuch des Arbeitgeber, uns Verschlechterungen anzubieten und gegen etwaigen ge- wissenschafflich zu verwesenden Auslasten einiger Pflanzosten.

**Sandberg a. d. Elbe.** Unseren Mitgliedern ist es unserem Verband gelungen, sich eine Einnahme zu verschaffen. Seitdem die Stadt Weida in Freytag'sche Händen waren, die selben ausnahmslos im sozialen Wohnungsbau und Zimmerverbande organisiert sind. Dadurch kam es weder im vergangenen noch in diesem Jahre zu einem Taubstumme. Nachdem aber nunmehr ein Teil der Kollegen zu unterschiedlichen Verbänden übergetreten, haben wir uns veranlaßt, die Anerkennung des Reichsministeriums zu beantragen. Später schlossen sich uns der Reichsgruppe auch die Hansaangehörigen des Stadt Erziehungsinstitutes, des Krankenhaus- und Altenheims. Da die Volksverhältnisse dieser Kollegen und Kolleginnen äußerst traurig waren, wurde sofort eine Spende gemacht und beantragt, es noch ein bis zwei Abschüsse eines Fortschritts, soviel Landwirtschaftlichen Wohnungen von 25 Mark für die männlichen und 20 Mark für die männlichen Hansaangehörigen gewährt werden. Der Stadtrat beschloss demgemäß und gönnt für die weibl. Hansaangehörigen um 5 Mark über die gelebte Größe hinaus. Aus der Postkarte des Erziehungsinstituts glaubte, dass ihm die 25 Mark, nachdem am 17. September nichts von mir eine Postkarte für den Abschluss eines Fortschritts der Hansa angekommen sei. An dem am 7. Oktober in Braunschweig stattfindenden Stadtratssitzung kam die Antrag angenommen. Die abgelaufene Quartal war die Kauf-

Vorsitzender unseres Bezirksrates, eine Lompe für das Haushaltspersonal brach. Nicht so sein Parteikollege, Herr Dr. Kochmann. Dieser erklärte zu den Ausführungen des Stadtrats Brüner, daß die Angekündigten mit den erhaltenen Anlagen vollständig zufrieden wären. Wenn die Haushaltsposten mit der Bezahlung nicht zufrieden seien, könnten sie ja geben. In den Anträgen wurde von den weltlichen und geistlichen Leiterinnen (Oberinnen) versucht, die Leute von dem Beitritt zur Organisation abzuhalten. Man erklärte die Gewerkschaftsführer als Heger und sagte den Haushaltsposten, die Anlagen, die auf Grund unserer Klage vom Stadtrat gewahrt wurden, hätten sie auch zu bestimmen. Der Bürgermeister lehnte den Abschluß eines Tarifvertrages für die Haushaltsposten ab mit der Begründung, daß sich die Stadt Hausesse posten die Normaltarife, wie er zwischen den Haushaltsposten und Dienstmädchen-Organisationen abgeschlossen, maßgebend sei. Die Verhandlungen schlossen sich so zu, daß wir die breite Öffentlichkeit in Anspruch nehmen mußten. Am 20. Oktober fand eine Großversammlung statt, in der Bezirksleiter Weixler über das Thema: "Das rückständige Verhalten des Stadtrats" sprach. Zu der Versammlung erschienen neben einer Anzahl Kollegen aus den Bruderkreisen auch Bürgermeister Dr. Straker und Stadtrat Dr. Kochmann u. a. Unser Bezirksleiter ging mit dem Verhalten des Stadtrates und den Neuerungen des Stadtrats Kochbrunner erstaunungslos ins Gericht. In seinen Worten gehalte der Redner das Gebaren unserer Freunde an der Spur der Ankosten, das auf eine Verhinderung der geistlich geforderten Sozialfreiheit hinauslaufe. In der Debatte erklärte zunächst Bürgermeister Straker, es sei ein Tarif für die Stadt Arbeiter abgeschlossen werden müsse und daß die Vorarbeiten hierzu in die Wege geleitet seien. Beinahe eines Tarifabschlusses für die Haushaltsposten war er der Auffassung, daß der Normaltarif für Haushaltsposten maßgebend sei. Die Versammlung hatte ihren Zweck erreicht. Der Stadtrat und die Oeffentlicheit hat sich, daß unser Verband die Rechte und Interessen seiner Mitglieder nachdrücklich vertritt.

**Jugend (Strohern- und Müllbahnarbeiter).** Während der Revolutionszeit ging auch die sozialistische Welle über die Arbeiterschaft unter. Gleichzeitig erhoffte von dem "freien freien Volkstaate" das Proletariat, wie es die Sozialdemokraten 10 Jahre lang dem Proletariat versprochen hatte. Nachdem das "Proletariat" die Macht an sich gerissen und seine Kunde als Ausdruck des Willens, an die Spitze der Regierung gestellt war, war auch die Sozialdemokratie immerhin möglichst eingespannt. Mit einem Zähneknirschen z. Klasse auf Kosten des Staates ausgerichtet, der 1910 und 1911 auch die einzigen die Mitglieder des sozialistischen Gewerkschaften das Land und kamen für Rüstung dahingehend, daß jetzt alles den "freien" Gewerkschaften betreut wurde. Im sozialistischen Staate habe niemand mehr etwas, um wenigstens die "Schwierigen" zu sagen. Es kam den Verkündern der Revolution nicht nur darauf an, die Siedlung endeter zu stricken, die Hauptstadt war doch der Beitrag zu den freien Gewerkschaften, oder wenigstens die Bezahlung der Beiträge. Auf die Organe der staatlichen Verwaltungsbetriebe wurde ein besonderer Druck ausgeübt, damit diese nach dem Willen der neuen Regierung die Verborden beeinflussen. Es gelang dann auch mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, einen Teil der ländlichen Arbeiter in die freien Gewerkschaften zu locken. Die daraus gekommenen Gewerkschaften aber nicht in Erfüllung. Zu den enttäuschten Hoffnungen kam noch der Staat in den freien Gewerkschaften, hervorgerufen durch die Spaltung in der politischen Partei. Der Kampf der SPD, der USPD und der KPD am die Siedlung der freien Gewerkschaften, der in Bayreuth besonders vortrefflich wurde, möchte sie beginnen. Sie erkannten, daß sie falsch organisiert waren, diese Verbände angehörten, der zu ihrer einzigen Anwendung im Widerstand stand.

Nun haben in der letzten Zeit einige Kollegen von mir gesagt, aus dem alten Verband in unseren Verband überzutreten. Das war immerhin ein Mindest, obgleich in einem Erfolg des Stadtratsverbundes, allen in den Staatsbetrieben beschafft zu erhaltenen volle Organisationsfreiheit garantiert und Strohen angeordnet sind für jene, die versuchen wollen, durch Drohungen usw. Arbeiter in eine bestimmte Organisation zu pressen.

Besonders wird dem Kollegen Struckmeyer, der ebenfalls in unserem Verband übertrat, seitens des Bezirksleiters Philipp dies hart angekreidet, jemal er Bezirksrat ist und sich bei den Kollegen eines allgemeinen Vertrittens erfreut. Daß Struckmeyer es schon eine Preßfehde in der sozialistischen und bürgerlichen Provinzpreß von Trennstein. Wir wollen diese Auseinandersetzungen nicht weiterführen, sondern wollen nur den Strohling antreten, seine Kampfweise einzuhalten. Wir wären sonst gezwungen, ihm ein Urteil über seine Person als Gewerkschaftsführer vor die Augen zu führen, das von einem Vertreter aus einem anderen Ort über ihn gesetzt wird. Unsere Kollegen wollen wir aber jurieren: Halten euch an die Organisation, in der eure christliche Geistigung nicht mißachtet, sondern respektiert wird. Wacht es den sozialarbeiterisch nach, die sich in der großen Mehrzahl dem christl. Handarbeiterverbande angeschlossen haben. Unser Verband ist gleichwertiger Tarifpartner des sozialen wie der neuabgeschlossenen Tarifvertrages für die Straßen- und Flugbahnarbeiter. Es hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Straßen- und Flugbahnarbeiter zu vertreten und seine Mitglieder gegenüber Übergriffen derselben Gegner zu schützen, die heute noch den traurigen Denkbuben von christlichen Arbeitern zu verlangen, entgegen ihrer Geistigung sich in sozialistische Gewerkschaften treiben zu lassen.

**Duderstadt.** Nach monatelangen Verhandlungen ist anfangs Oktober nunmehr auch für die bislangen Kollegen ein Tarifvertrag zum Abschluß gekommen. Als Gestaltungswert liegt er natürlich unter den heisigen mehr ländlichen Verhältnissen noch manches zu wünschen übrig. Sollte aber nicht doch ein großer Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen dar. Auf alle Fälle ist eine Grundlage geschaffen, auf der man es an Münlichkeit der Kollegenschaft nicht leicht weiter gebaut werden kann.

**Hagen.** Auf unsere Einladung hin wurde der Hindenlohn der Fleischearbeiter der Stadt Hagen von 1.80 auf 1.90.— € ab 1. Oktober erhöht. Außerdem eine Rente für den Rentnerbedarf von 300.— € für Verdiente und 150.— € für keine. Diese Kollegen haben in der letzten Zeit ihrer Ansiedelung in unserer Organisation ganz erhebliche Verbesserungen erhalten. Sie werden auch mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Über eine Familiengröße soll in den nächsten Tagen auch noch verhandelt werden.

**Erfeld.** Im Aufsicht an die Verhandlungsstelle konnten Greifeld-W. Gladbach beschäftigte sich die zahlreich befindliche Mitgliederversammlung der Gruppe Greifeld (Gemeindearbeiter und Strohernbahner), mit den auf der Konferenz in Sachsen beschlossenen. Der Bericht über die Konferenz zeigt den Mitgliedern so recht die Lage der Organisation und lädt in bezug auf Strohernfrage erfreuliche Erfolgsbereitschaft aus. Es wurde deshalb auf Antrag der Mitglieder selbst nach engen Diskussion beschlossen, für die Gruppe Greifeld einen Beitrag von 3.80 € pro Woche für alle beschäftigten Kolleginnen und Kolleg zu lassen, der selbe Zahl verdient wird, beschlossen. Für geringer entlohnte jedoch vorstehend: 2.60 € für halbtags beschäftigte Funktionen 1.20 €. Die Beträgen werden bezahlt ab 1. November 1920. Die merkwürdig sind einige Ausführung in der Diskussionsrede. Wir wollen im Zentralverband der Gemeindearbeiter und Strohernbahner die Schwerpunkte für geistiges und wissenschaftliches Fortkommen schöpfen; um dieses zu ermöglichen, müssen wir Opfer bringen. Was bisher der Verband erstrebt, war tatsächliche Weiterentwicklung der sozialen Verbändlichkeit. Darum zählen wir gern und aus Überzeugung zu den Strohern. Im Vertrauen auf die in der christlichen Organisation ruhende Kraft wird es allen Vertragskollegengruppen, nicht nur kirchliche Mitglieder zu halten, sondern auch die Polizeibeamten, die ihrer Überzeugung noch zu uns gehören, zu gewinnen. Der Widerspruch, der bei diesen Kollegen zwischen ihrer Überzeugung und ihrer Organisationszugehörigkeit besteht, drängt sie immer mehr zu einer Entscheidung.

In der Versammlung wurde auch auf die Bewegung der Strohernbahner in Erfeld eingearbeitet. Eine Verhandlung am Schichtungsstandort stand bereit, hat jedoch nichts der Besprechung vorweg werden. Bei den Strohernbahnen in Greifeld sieht es nun nicht so aus, als ob sie nicht eine gehörige Aufhebung vertragen könnten. In

den Verhandlungen steht man von Seite der Arbeitgeber immer einen Vergleich mit anderen Städten u. a. auch mit W. Gladbach. In W. Gladbach erhalten bis heute die Strohern 91, 92, 93, 94 € der Führer, Schafner 1, weniger als Arbeitstag und eine Kinderzulage von monatlich 35 € für jedes Kind unter 14 Jahren. Am 15. September 1920 fandigten die städtischen Arbeiter von W. Gladbach ihren Entwurf, sie von den bisherigen Löhnen nicht mehr leben können und heute um eine angemessene Lohnklasse kämpfen müssen. Was ist der sozialdemokratische Transporttarifstand? Er stimmt nicht mit obigen Löhnen für die Straßenbahner nicht und kostet auf möglichen Entwicklungen keinen lebens der Verwaltung der Stadt W. Gladbach.

Der gleiche Transportarbeitervertrag, der also in Erfeld so koste Töne redet, wenn er in Greifeld wird, ist in W. Gladbach der Hemmisch für eine Besserstellung der dortigen und indirekt auch für die übrigen Straßenbahner.

Die Versammlung, die von diesen Dingen Kenntnis nahm, verließ deshalb mit Begeisterung für unseren Verband.

**Worms-Ellerfeld.** Eine am 12. Oktober stattgefandene Sitzung der Vorstände und Vertraulichen der Ortsgruppen Ellerfeld, Worms und Langenfeld hat beschlossen in den nächsten Mitgliederversammlungen zu beantragen die Beitragsfrage wie folgt zu regeln:

Für männliche Arbeiter 3.00 € pro Woche. Studentische berufstätige Arbeiter 2.50 € pro Woche. Arbeiterrinnen 2.00 € pro Woche. Studentenweise beschäftigte Arbeiterinnen 1.70 € pro Woche.

Bei der guten Stimmung, die in unseren Ortsgruppen herrschte, sieht zu erwarten, daß diese Abstimmung eingingen werden.

## Verbandsnachrichten

**In der Woche vom 14. bis 20. November ist der 47. Monatliche Tagung.**

**Übergreifend haben folgende Ortsgruppen:**

**Vom 2. Quartal: Brüm, Goesfeld, Bamberg und Tigen.**

**Vom 3. Quartal: Wolfrathshausen, Dachau, Ulm, Neulinghausen (S. 1), Heinsberg, Neidlinghausen (S. 1), Berlebeck, Bergkamen, Wittenberge, Donnst. a. Rh., Ichendorf, Nieden-Braun, Siegen (S. 1), Kaufbeuren, Rein, Badenweiler, Villingen, Wörth, Duderstadt, Milape, Germersheim, Neunkirchen (S. 1), Hamm, Amelau, Amberg, Danzig, Uelzen, Köttingen, Straubing, Landesamt Schles., Neustadt O.-Schles., Baunen in Sachsen, Oberhausen (S.), Witten, A. Hahn, Hamm (S.), Morsum, Sonnenbrück, Mannheim (S.), Zwischen, Cleve, Siekerade, Bieren, Wiesbaden, Hoerde (S.), Weilheim O.-Bav., Rheine, Freiburg (Krs. Str.), Mannheim (Str.), Stuttgart, Baden-Baden, Gustavskirche, Scheuring, Kröviges, Bühl i. S., Görlitz, Alenstein, Wilhelm-Kuh (S.) und Kronach.**

**Der Zentralvorstand.**

## Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Heinrich Rothkamp, Köln  
Wilhelm Schwizer, Köln  
Johann Erhard, Ravensburg  
Theodor Sasselberg, Uachen  
Adam Schneider, Würzburg  
Stephan Hamacher, Neuhaus  
Hermann Barthelt, Münster.

Chre ihrem Andenken!

**Redaktion und Verlag:**

H. Eichmann, Köln. Verlagsvegel 9.  
Druckerei des Volkswohl-Verlags, Köln. Domstr. 10.